

FINANZRECHTS- UND STEUERAMT

Amtsleiter

Dr. Wilfried Wolfschütz

Sekretariat

Roswitha Zillner

Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5, 4041 Linz
Telefon: 7070/2401

Abteilungen

Finanzrecht und Rechtsmittelverfahren

Dr. Peter Mühlberger

Vollstreckung und Insolvenzverfahren

DDr. Irene Jodl

Hausabgaben und Umsatzsteuerangelegenheiten

Josef Eder

Gewerbliche Abgaben und Kommunalsteuer

Friedrich Litzlbauer

Abgabenprüfung

Josef Höfler

Parkraumbewirtschaftung

Mag. Hertha Spengler

Mitarbeiter am 31. Dezember 1999: 56

Erstellen von Entwürfen sämtlicher gemeindebezogenen Rechtsgrundlagen in Steuerangelegenheiten (selbständige Verordnungen; Durchführungsverordnungen; Novellen)

Rechtsmittelverfahren I. und II. Instanz betreffend sämtliche Steuern, Abgaben und Gebühren

Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes sowie des Landes Oberösterreich

Verfassungsgerichtshof- und Verwaltungsgerichtshofbeschwerden und Gegenschriften

Rechtliche und finanzielle Angelegenheiten bei diversen Vereinen, Institutionen, Körperschaften öffentlichen Rechtes und Gesellschaften

Umsatzsteuerangelegenheiten der Stadt Linz

Einbringung von Geldforderungen im Wege der politischen Exekution und durch das Gericht

KFZ-Eigenversicherung

Zivilrechtliche Angelegenheiten

Parkraumbewirtschaftung

Haftungsverfahren

ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH

Gemeindeeigene Steuern, Abgaben und Gebühren:

Vorschreibung, Einhebung, Prüfung, Einbringung, Strafverfahren

Steuer- und finanzrechtliche Angelegenheiten

Städtebundangelegenheiten

SCHWERPUNKTE

Grundsätzliche Anmerkungen

Steuerpolitik und Steuerreformen sind laufend mit tieferschürfenden Veränderungen in den Rahmenbedingungen konfrontiert. Die Globalisierung der Wirtschaft, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Steuerharmonisierung,

Vereinbarungen über Haushaltsdisziplin, Stabilitäts- und Wachstumspakete, Steuerstruktur im internationalen Vergleich, Steuerwettbewerb, allokativen und distributiven Aspekte künftiger Steuerreformen sowie Tendenzen und Einflüsse der Steuertheorie, aber auch Erkenntnisse der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts u.v.m. beeinflussen die gemeindeeigenen Steuern, Abgaben und Gebühren sowie das gesamte Verwaltungshandeln tiefgreifend und nachhaltig.

Die kontinuierlichen und zum Teil sehr weitreichenden Veränderungen auf dem gesamten Steuer- und Abgabensektor setzen eine bisher nicht gekannte Dynamik in Gang und stellen die Administration laufend qualitativ und quantitativ vor schier unlösbare Probleme.

Dazu kommt noch, dass ein von ökonomischen Gesichtspunkten getragenes einfaches und gesetzeskonformes Verwaltungshandeln vermehrt die Ausnahme bildet.

Unter diesem Hintergrund vermag gar nicht mehr zu erschüttern, dass fast alle gemeindeeigenen Steuern und Abgaben mehr oder weniger in Diskussion stehen. Insbesondere was die Anspruchsgrundlagen bzw. das Aufkommen bei der Getränkesteuer sowie bei der Anzeigen- und Ankündigungsabgabe anlangt, ist diese Befürchtung bereits zur bitteren Gewissheit geworden. Die Sorgen der Gemeinden, letztendlich große Teile ihrer Finanzierungsgrundlagen auf dem Sektor gemeindeeigene Steuern und Abgaben zu verlieren, sind unter diesem Hintergrund zur traurigen Realität geworden. Damit kommt aber die Gemeindeautonomie ins Wanken, die nicht unwesentlich durch eine intakte Finanzautonomie auf dem Gebiete der gemeindeeigenen Steuern, Abgaben und Gebühren gestützt wird.

Solche Ereignisse heizen den Steuerwiderstand enorm an und schränken gleichzeitig den Aktions- und Handlungsspielraum der Steuerbehörde nachhaltig ein. Dies führt letztlich dazu, dass die Abgabenverfahren immer aufwendiger und schwieriger werden.

Der Rechtsschutz wird oftmals in kaum mehr überbietbarer Weise geltend gemacht und die Abgaben-Verfahren werden nach Belieben durch Anträge erschwert. Der Steuerwiderstand nimmt laufend zu und erschöpft sich nicht selten in einer Antragsflut oder mündet im gänzlichen Boykott.

Zudem wird immer häufiger, ohne eine nachvollziehbare oder einsichtige Begründung vorzufinden, der ordentliche Instanzenzug beschritten gleichwie die Ergreifung außerordentlicher Rechtsmittel wie das Rechtinstitut der Vorstellung oder die Erhebung einer Bescheidbeschwerde bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts sogar in nichtigen Bagatellangelegenheiten zusehends zur Regel wird. Selbst in unbedeutenden Abgabenfällen werden Steuerberater, Rechtsanwälte, Wirtschaftstreuhänder etc. mit der Vertretung beauftragt und viele Verfahren werden nicht selten ohne erkennbaren Grund betrieben, was zur Folge hat, daß Kapazitäten der Abgabenbehörde gebunden werden und für wichtige Zielsetzungen nicht verfügbar sind.

Schließlich wird die Abgabenbehörde permanent und oftmals gezielt in Maßnahmen zur Normenverteidigung verstrickt, was einem zielgerichteten Aufgaben- und Normenvollzug ebenfalls extrem hinderlich ist.

Im Berichtsjahr lagen die Arbeitsschwerpunkte des Amtes auf folgenden Gebieten:

Initiativen und Verhandlungen mit dem Land Oberösterreich im Zusammenhang

mit der Erlassung eines OÖ. Kostenbeitragesgesetzes zum OÖ. Verkehrsverbund; Getränkesteuer-Ersatzlösung; Ersatzlösung für die Anzeigen- und Ankündigungsabgaben - Erlassung eines Werbeabgabegesetzes; Novelle zum OÖ. Gebrauchsabgabengesetz; Novelle zur Landesabgabenordnung.

Kommunalsteuer:

Fortführung der Einbeziehung von Urlaubsubfindungen und Urlaubssentschädigungen in die Bemessungsgrundlage zur Kommunalsteuer

Besteuerung der geschäftsführenden Gesellschafter

Lohnsummensteuer:

Fortführung und weitgehender Abschluss von Erledigungen im Zusammenhang mit Berufungen gegen Lohnsummensteuermessbescheide der Finanzämter hinsichtlich der Zeiträume 1992 und 1993.

Einbringung von Rechtsmittelanträgen im Zusammenhang mit Mängelbehebungsanträgen der Finanzämter.

Getränkesteuer:

Administration der durch die Getränkesteuerproblematik in verstärktem Ausmaß aufgetretenen Abgabeverfahren und Abwicklung der zahlreichen und verschiedenartigen Anträge auf Rückerstattung der Getränkesteuer.

Die Zahl der noch nicht angeschlossenen Abgabefälle beläuft sich zum Berichtszeitpunkt auf rund 2.800. Davon sind bei der ersten Instanz rund 1.400 Geschäftsfälle mit einem Streitwert in Höhe von 168 Millionen Schilling und rund 1.200 Berichtigungs- und Rückzahlungsanträge mit einem Streitwert von 155 Millionen Schilling anhängig. In der zweiten Instanz sind derzeit 1.350 Berufungen mit bis ins Jahr 1995 zurückreichenden Abgabenzeiträumen und einem Streitwert in Höhe von 225 Millionen Schilling sowie

236 Aussetzungen anhängig. Beim Verfassungsgerichtshof und Verwaltungsgerichtshof sind 23 Bescheidbeschwerden anhängig. In den kommenden Jahren gilt es, diesen diffizilen Aufgabenkomplex nach rechtsstaatlichen Prinzipien abzuhandeln und einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

Umsetzung der Neuerungen des Umsatzsteuergesetzes

OÖ. Verkehrsverbund und öffentlicher Personennahverkehr, ruhender Verkehr - Mitfinanzierung der Stadt

Mitwirkung im Lenkungsausschuss und Verkehrsausschuss

Parkraumbewirtschaftung:

Schaffung der Grundlagen für eine bedarfsgerechte Anpassung der Parkgebühren

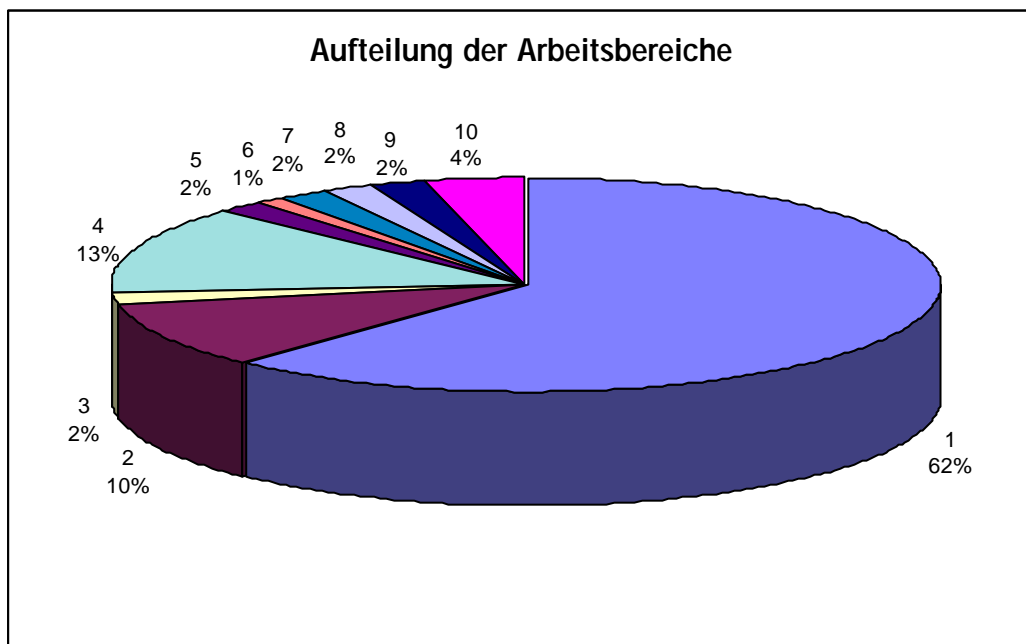
Diverse EDV - Umstellungen und die damit verbundenen Schulungen der Mitarbeiter (SAP, NT - Umstellung, Softwareumstellung bei Hundeabgabe und Hausabgaben etc.)

LEISTUNGSUMFANG

Finanzrecht und Rechtsmittelverfahren

1. Vorbereitung und Bearbeitung von Rechtsmittelentscheidungen (62 Prozent)
2. Vorbereitung von aufsichtsbehördlichen Verfahren, Verwaltungsgerichtshof- und Verfassungsgerichtshof-Äußerungen und Gegenschriften (10 Prozent)
3. Rechtsauskünfte und Rechtsberatung für magistratsinterne Dienststellen und Parteien (2 Prozent)

4. Klärung von amtsinternen abgabenrechtlichen Problemen (13 Prozent)
5. Gesetzesstellungennahmen (2 Prozent)
6. Ständige Evidenthaltung der entscheidungsrelevanten abgabenrechtlichen Judikatur (1 Prozent)
7. Mitwirken an Sachverständigenkommissionen für Stadterneuerung und Altstadterhaltung einschließlich Refinanzierung nach dem Ortsbildgesetz, sowie an Sachverständigenkommissionen für Umweltschutz und Energiewesen (2 Prozent)
8. Verkehrsunfälle (2 Prozent)
9. Novellierung von Abgabenverordnungen sowie Novellierungsvorschläge für spezifische Landesgesetze (2 Prozent)
10. Fachspezifische Städtebund-Angelegenheiten (4 Prozent)



	1997	1998	1999
Eingelangte Berufungen	166	269	756
Bearbeitete Berufungen	150	231	379
Bei Aufsichtsbehörde anhängig	18	73	305
Bei Höchstgerichten anhängig	7	8	16
Berufungen gegen Lohnsummensteuerermessbescheide	24	264	61

Fahrnisexekutionen durch die drei städtischen Vollstrecker
 Anträge an das zuständige Gericht auf Lohn- und /oder Fahrnispfändung
 Anmeldung städtischer Forderungen in Insolvenzverfahren (Konkurse, Ausgleich) sowie zu Verlassenschaftsverfahren
 Durchführung von Haftungsverfahren

Weiters wird mitunter auch Rechtshilfe für andere in- und ausländische Behörden (vor allem der BRD) geleistet.

Vollstreckung und Insolvenzenverfahren

Der Tätigkeitsbereich der Abteilung gliedert sich wie folgt in:

Der Aufgabenbereich umfasst auch die Hereinbringung sämtlicher öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher For-

derungen der Stadt Linz. Dazu zählen unter anderem Hausabgaben wie etwa die Grundsteuer

Gewerbliche Abgaben wie etwa Kommunalsteuer, Getränkesteuer

Entgelt für über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Gutes

Anzeigenabgabe und Ankündigungsabgabe

Marktgebühren

Entgelt für die Unterbringung von Kindern in Tagesheimstätten

Kostenbeitrag für Aufenthalt und Behandlung im AKh

Baurechtliche Anliegerleistungen

Kosten für die Abschleppung von Kraftfahrzeugen

Verwaltungsabgaben für bescheidmäßige Erledigungen und Verfahrenskosten

Kostensätze aufgrund von Urteilen, Erkenntnissen und Entscheidungen der Gerichte, einschließlich der Gerichtshöfe öffentlichen Rechts

Strafen, vor allem wegen Übertretung der Parkgebührenordnung bzw. wegen einer Verkürzung der Gemeindeabgaben.

Das Jahr 1999 war insbesondere gekennzeichnet durch die Rechtsunsicherheit bezüglich der Getränkesteuer, was sich auch in einer verminderten Zahlungsmoral und einem erhöhten Steuerwiderstand seitens der Gastwirte niedergeschlagen hat.

Insgesamt wurden 18,425.782,- Schilling eingebracht, und zwar 11,250.106,- Schilling durch die drei Vollstrecker und die Kanzlei der Vollstreckungsabteilung. Der Rest wurde per Post oder Bank überwiesen. Es handelt sich zum Großteil um Einnahmen aus gerichtlichen Lohn- und Fahrnispfändungen sowie Insolvenzverfahren.

Im abgelaufenen Jahr wurden insgesamt 8.308 Akten bearbeitet. Weiters war die Stadt an 169 Insolvenzverfahren beteiligt. 32 Haftungsverfahren gegen Geschäftsführer, persönlich haftende Gesellschafter, Vereinsobmänner oder sonstige Vertreter juristischer Personen wurden eingeleitet.

Hausabgaben und Umsatzsteuerangelegenheiten

Hausabgaben

Bearbeitung von 2.785 Einheitswertbescheiden

Erstellung von 1.617 Grundsteuerbescheiden

Bearbeitung von 129 Grundsteuerbefreiungen

Bearbeitung von 107 Grundsteuerbefreiungsanträgen

29 Änderungen von Wertverhältnissen

117 Einstellungen von Grundsteuerbefreiungen

1.319 Vorschreibungen (Bescheide) für Abfallgebühren

sowie

Bearbeitung von drei Berufungen

Bearbeitung von 29 Rückstandsausweisen

Überprüfung der Daten von 158 Konkursen und Ausgleichen

Einnahmen im Jahr 1999

Grundsteuer A	S	395.342,-
Grundsteuer B	S	186,927.039,-
Abfallgebühr	S	126,714.291,-
Vorschreibung von Verwaltungsgebühren	S	434.228,-

Umsatzsteuerangelegenheiten

Beratung hinsichtlich umsatzsteuerpflichtiger Teilbereiche und Nichtunternehmensbereiche

Umsatzsteuerangelegenheiten:

In 80 Fällen Berechnung von Eigenverbrauchssteuern

60 Umsatzsteuerkorrekturen

70 Überprüfungen von Ein- und Auszahlungsanordnungen

Erstellen von 140 Umbuchungen

Binnenmarktregelung:

In 190 Fällen Berechnung von Erwerbssteuern

In 70 Fällen zusätzliche Verrechnung von Vorsteuern

160 Beratungen bezüglich Binnenmarktregelung

Erstellen von zwölf Intrastatmeldungen

In zehn Fällen Verrechnung von Reverse Charge, Vorsteuer/Umsatzsteuer

Im Sinne einer permanenten Umsatzsteueroptimierung wurden 1999 folgende "Betriebe gewerblicher Art" neu begründet:

„Werbetätigkeiten“ im Amt Wirtschaftsservice der Stadt Linz

"Kulturelle Belebung der Linzer Stadtteile" im Kulturamt der Stadt Linz

"Naturkundliche Station" im Amt für Natur und Umweltschutz

"Sommertheater" Einrichtung im Kulturbereich

Wahrnehmung der Agenden nach dem Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz 1996

Berechnung der Beihilfe und Erstellung der Beihilfenerklärungen

Überprüfungen der Buchungen (Korrekturen) im städtischen Haushalt

1999 wurden insgesamt rund 197 Millionen Schilling "Beihilfe" beantragt

Verrechnung der Grundumlagen für gewerbliche Betriebe:

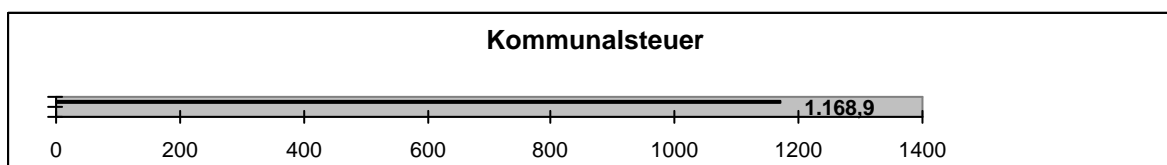
Bearbeitung und Aufteilung der Vorschreibung der Grundumlagen (Sammelkompetenz der sonstigen Abgaben und Steuern) sowie Überweisung der Beträge an die Wirtschaftskammer Oberösterreich

Erledigung von Rechtshilfeersuchen anderer Gemeinden im Zusammenhang mit Übertretungen nach dem OÖ. Parkgebührengesetz

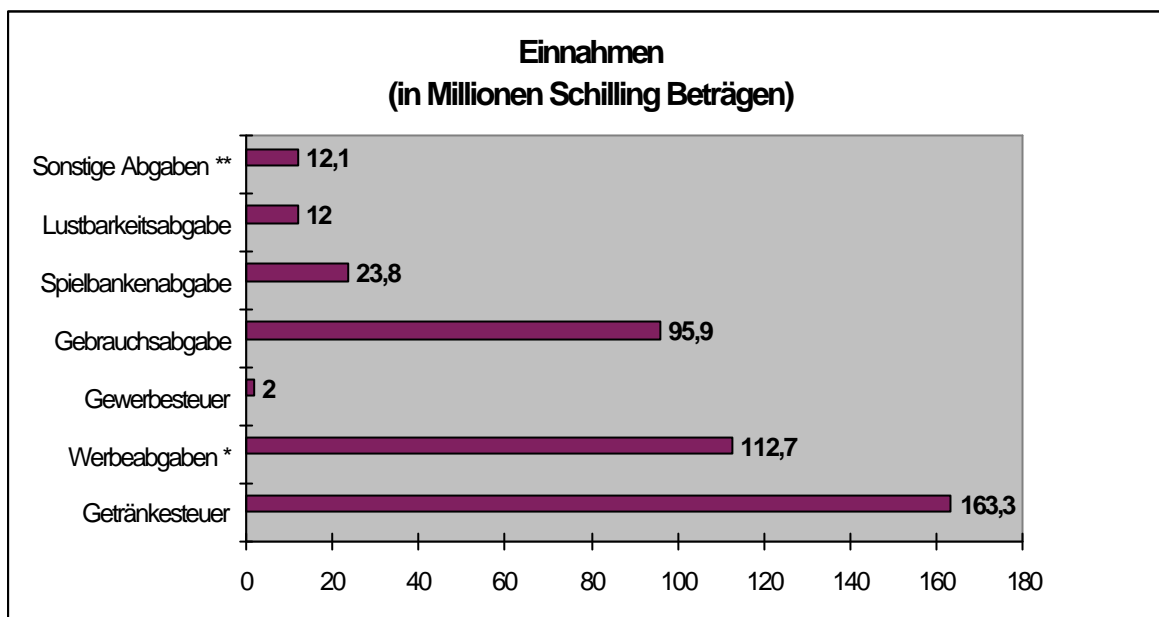
Bearbeitung und Erledigung von 50 Anträgen

Steuerpflichtige Einnahmen im Jahr 1999: 309,274.239,- Schilling

Zu entrichtende Umsatzsteuer	S 41,712.946,80
Beanspruchte Vorsteuer	S 55,374.207,24
Gutschrift	S 13,661.260,44



Gewerbliche Abgaben



* Ankündigungs- u. Anzeigenabgabe

** Hundeabgabe, Tourismusabgabe, Nebenansprüche, Verträge

Amtswegige Vorschreibungen und Festsetzungen

Um die Getränkesteuereinnahmen der Stadt Linz weitgehend zu sichern, musste in 566 Fällen aufgrund der eingelangten Null - Erklärungen bzw. Festsetzungs- und Rückerstattungsanträge wegen EU - Widrigkeit die Abgabe in Höhe von 68,8 Millionen Schilling festgesetzt werden. 209 Anträge wurden unbegründet abgewiesen, 252 Revisionsverfahren eingeleitet. Als weitere Sicherungsmaßnahmen mussten 124 Abgabenschuldern die Getränkesteuer in Höhe von 2,4 Millionen Schilling, 109 säumigen Zahlern pauschal für 1999 rund 5 Millionen Schilling vorgeschrieben werden.

Da auch grundsätzlich die Heheberechtigung bezüglich Anzeigenabgabe bzw. Kommunalsteuer bestritten wurde - verbunden mit Rückerstattungsbegehren - mussten 19 Festsetzungsbescheide in Höhe von insgesamt 3,26 Millionen Schilling erlassen werden. Nicht zuletzt wurden als Folge der abgeschlossenen Verfahren hinsichtlich der SEG - Zulagen 122 Lohnsummensteuerbescheide erlassen. So konnten die Forderungen der Abgabepflichtigen durch Kompensation mit Ansprüchen der Stadt Linz bezüglich Urlaubsabfindungen und Urlaubsentschädigungen minimiert werden.

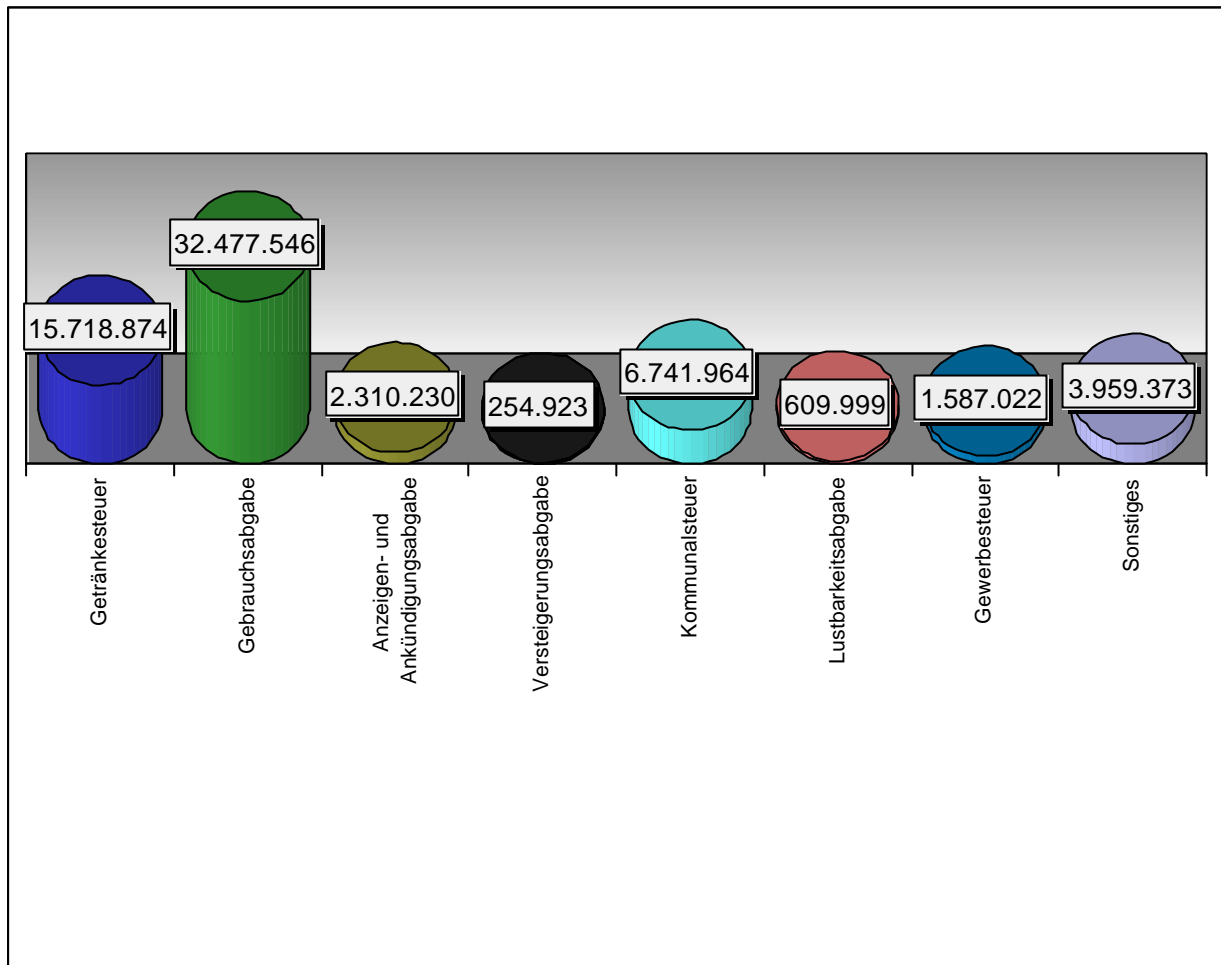
Abgaben	Anzahl	Betrag in Millionen Schilling
Nebenansprüche	8.364	3,40
Hundeabgabe	4.460	2,20
Strafen , Kosten	350	0,42
Lustbarkeitsabgabe	2.277	12,03
Lustbarkeitsabgabe - Kontrolle	209	0,16

Sonstige Erledigungen

Erledigung	Anzahl	Bemerkung
Gewerbean-, -um- und -abmeldungen	5.720	
Berufungsvorentscheidungen	54	
Stundungs-, Aussetzungs- und Nachsichtsbescheide	136	
Getränkesteuererfassungen (Nachschauen)	295	
Ankündigungen	118	Dauerrückmeldungen
	36.000	Plakate
	258.000	Flugzettel
	3	Sonstige

Abgabenprüfung 1999

Abgabe	Summe	Erledigungen
Getränkesteuer	15.718.874	327
Versteigerungsabgabe	254.923	18
Lohnsummensteuer	3.077.554	75
Ankündigungsabgabe	147.480	2
Anzeigenabgabe	2.162.750	16
Kommunalsteuer	6.741.964	477
Lustbarkeitsabgabe	609.999	659
Gebrauchsabgabe	32.477.546	1
Amtshilfen	131.330	64
Guthaben	207.685	14
Gewerbesteuer	1.587.022	61
Verschiedene Zuschläge (Nebengebühren)	1.855.582	
Strafen	116.000	36
Sonstiges (Bagatellerledigungen)	6.804	1.010
Summen	64.887.828	2.760



Amtsbezogene Haushaltsüberwachung
(Anweisungsrecht Finanzrechts- und Steueramt)

Begleitende Gebarungskontrollen bezüglich EDV - Auswertung der Voranschlagsgebarung sowie Kontrolle des Zahlungsverkehrs (SOLL - IST)
EDV - unterstützte Auswertungen
Sonderaufträge

Aufgaben des Informatikbeauftragten des Amtes

Amtsweite EDV - Unterstützung der Mitarbeiter
Koordination des EDV - Bedarfs (Hardware, Software)
Unterstützung in diversen EDV - Projekten des Finanzrechts- und Steueramtes

Terminkoordinierungen von EDV - Schulungen u.a.m.

Spielapparatewesen

Rechtsgrundlage: Oö. Spielapparategesetz vom Juni 1999 - neue Aufgabe

Die Agenden werden seit 1. Juli 1999 im Finanzrechts- und Steueramt vollzogen.

Diese Aufgabe umfasst inhaltlich:
Erfassung der Spielapparate
Bewilligungserteilung
Besteuerung und Vergebührung
Kontrolle
Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren bei Übertretung des OÖ. Spielapparategesetzes.

Aufgabe	Erledigungen	Summe
Spielapparate - bewilligungspflichtig	228	
Spielapparate - anzeigenpflichtig	216	
Anzeigenbestätigungen	117	
Bewilligungsbescheide	69	
Erweiterung der Spielapparatebew.	3	
Verwaltungsabgaben (GVV)		S 26.420,--
Verwaltungsabgaben (LVV)		S 191.000,--
Bundesstempelgebühren		S 417.060,--
Einnahmen aus der Lustbarkeitsabgabe		S 12,029.327,74

Parkraumbewirtschaftung

Vollzug des Oö. Parkgebührengesetzes und aller damit im Zusammenhang stehende Tätigkeiten und Aufgaben.

Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen durch private Parkgebühren-Aufsichtsorgane:

Einsatz – Überwachung – Kontrolle – Abrechnung

Schulung, Prüfung, Bestellung, Ermächtigung, Angelobung

Kontrolle der ordnungsgemäßen Auftrags Erfüllung

Wahrnehmung der Strafkompentenz: (Erlassung von Organstrafverfügungen, Anonymverfügungen, Strafverfügungen, Straferkenntnisse)

Mitwirkung an diversen Parkraum- und Parkraumbewirtschaftungskonzepten und Umsetzung derselben

Neben der Abwicklung der routinemäßigen Aufgaben konnten insbesondere nachstehend angeführte Initiativen gesetzt bzw. Verbesserungen vorgenommen werden:

Weiterführung der Qualitätssicherung zur Reduzierung von Beschwerden und Reklamationen (die ISO-Qualitätszahl konnte gegenüber 1998 von 99,76 Prozent auf 99,82 Prozent gesteigert werden).

Ausbau der elektronischen Geldbörse
Direkteinspielung der Daten des Kennzeichenregister

Umstellung auf PC

Kommunikation- wenn möglich - via Internet (e-mail)

Aufnahme im Behördenwegweiser

Vorbereitungsarbeiten für neue Software

Mitarbeit bei VCÖ-Studie über Parkraumbewirtschaftung

Zusammenarbeit mit Uni-Linz, Institut für Verwaltungsrecht

Gebührenpflichtige Parkplätze	5.970
-------------------------------	-------

Einnahmen aus Automaten	S 49,006.204,-
Strafgelder	S 30,057.870,-
Pauschalierungen	S 336.000,-
Einnahmen nach StVO	S 33.867.148,-

Statistik 1999

Ausgestellte Organstrafverfügungen	105.286
Anonymverfügen	16.583
Strafverfügungen	7.741
Vollstreckungsverfügungen	6.079
Lenkererhebungen	3.610
Erhebungsberichte	1.023
Ermahnungsbescheide	749
Exekutionen	3.889
Straferkenntnisse	782
Aufforderung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe	392
Vorführung zum Strafantritt	258

